

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH Corporate Governance Bericht 2020

nach Ziffer 7 des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) des Bundes

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) ist gemäß § 17 Gesellschaftsvertrag zur Beachtung des von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Teil I der „Grundsätze guter Unternehmens- und aktiver Beteiligungsführung im Bereich des Bundes“ vom 16.09.2020) verpflichtet.

Nachfolgend legen Geschäftsführung und Aufsichtsrat der BGE ihren Corporate Governance Bericht 2020 vor.

1. Unternehmensstruktur und Aufgabenübertragung

Die BGE wurde am 19.07.2016 gegründet. Der Geschäftssitz der Gesellschaft ist Peine. Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Die BGE TECHNOLOGY GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der BGE. Ihr Tätigkeitsfeld umfasst u. a. die Beratung und das Erbringen von Ingenieurleistungen sowie betriebliche Leistungen für die Errichtung, den Betrieb und die Entsorgung kerntechnischer und konventioneller Anlagen.

Gegenstand der BGE ist die Erfüllung der Aufgaben der kerntechnischen Entsorgung nach dem Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz – AtG) und dem Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG) als Unternehmen des Bundes (§ 9a Abs. 3 Satz 2 AtG).

Mit Bescheid vom 24.04.2017, zuletzt geändert durch Bescheid vom 31.07.2020, übertrug das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) der BGE die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG und die hierfür erforderlichen hoheitlichen Befugnisse nach § 9a Abs. 3 Satz 3 erster Halbsatz AtG.

Die Übertragung beinhaltet:

1. die Errichtung, den Betrieb und die Stilllegung von Endlagern sowie den Betrieb und die Stilllegung der Schachanlage Asse II nach § 57b AtG mit allen damit verbundenen Aufgaben nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG,
2. die hoheitlichen Befugnisse zum Erlass von Verwaltungsakten
 - a) nach § 3 Abs. 1 Satz 2 Atomrechtliche Entsorgungsverordnung (AtEV), mit denen die Endlagerfähigkeit von Abfallgebinden bestätigt wird,
 - b) nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 in Verbindung mit Satz 2 und 3 Entsorgungsübergangsgesetz, mit denen die Abgabefähigkeit von Abfallgebinden mit radioaktiven Abfällen mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung an den Dritten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Entsorgungsübergangsgesetzes festgestellt wird,
 - c) nach § 7 Abs. 2 AtEV, mit denen die Abfälle zur Einlagerung in ein Endlager abgerufen werden nach Maßgabe der niedergelegten Bestimmungen und

- d) nach § 34 Abs. 1 oder 2 in Verbindung mit § 35 Abs. 1 Geologiedatengesetz, mit denen über die öffentliche Bereitstellung nichtstaatlicher Fach- oder Bewertungsdaten entschieden wird.

Durch die Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG wird die BGE zugleich Vorhabenträgerin im Sinne des StandAG.

Ebenso ist die BGE mit Ausnahme des Projekts Konrad Bauherrin im Sinne der einschlägigen bauordnungsrechtlichen Regelungen. Mit Wirkung ab Ende Juni 2019 wurde für das Projekt Konrad die Bauherreneigenschaft auf den Bund übertragen. Dieser hat zur Erfüllung seiner Aufgaben zum einen eine Bauverwaltung beim Umweltbundesamt eingerichtet („privilegiertes Bauen“ gemäß § 74 Niedersächsische Bauordnung und bauaufsichtliche Überwachung der Bauarbeiten); zum anderen wurde die BGE bevollmächtigt, alle nicht dem Umweltbundesamt obliegenden Bauherrnaufgaben/-pflichten im Projekt Konrad für den Bund zu erfüllen.

Weiterhin übertrug das BMU mit Schreiben vom 13. September 2019 die Zuständigkeit der Entwicklung der Endlagerbehälter für hochradioaktive Abfälle ausschließlich und vollumfänglich auf die BGE.

Die Organe der BGE sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

2. Führungs- und Kontrollstruktur

2.1 Gesellschafterversammlung

In den Gesellschafterversammlungen wird die Bundesrepublik Deutschland als alleinige Gesellschafterin durch das BMU vertreten. Die Gesellschafterversammlung ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag zur ausschließlichen Zuständigkeit überwiesen sind.

Hierzu zählen insbesondere die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns, die Feststellung des Wirtschaftsplans einschließlich der Nachträge und Änderungen, die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates, die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsführung, die Bestellung von Prokuristinnen und Prokuristen sowie der Widerruf der Prokura, die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung, die Wahl und Bestellung der Abschlussprüferin bzw. des Abschlussprüfers und die Entscheidung über Satzungsänderungen.

2.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr die nachfolgend aufgeführten Mitglieder an:

- Jochen Flasbarth, Staatssekretär im BMU (Vorsitzender)
- Gregor van Beesel, BGE (Arbeitnehmervertreter; stellvertretender Vorsitzender)
- Dirk Alvermann, BGE (Arbeitnehmervertreter)
- Ursula Borak, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- Dr. Wolfgang Cloosters, Abteilungsleiter im BMU

- Sabine Diehr, Referatsleiterin im Bundesministerium für Bildung und Forschung (bis 02.06.2020)
- Leonie Gebers, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Prof. Dr. Karin Holm-Müller, Professorin für Ressourcen- und Umweltökonomik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Franz-Gerhard Hörnschemeyer, Industriegruppensekretär Energie-Nachhaltigkeit der IG BCE
- Dr. Holle Jakob, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Finanzen
- Dr. Andreas Kerst, Referatsleiter im Bundesministerium für Finanzen
- Sylvia Kotting-Uhl, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)
- Jens Lindner, BGE (Arbeitnehmersvertreter)
- Gabriele Theisen, BGE (Arbeitnehmersvertreterin)
- Peter Wolff, BGE (Arbeitnehmersvertreter)

Für die Ausübung der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied der BGE wurde entgegen Ziff. 6.2.2 PCCG keine Altersgrenze festgelegt, um zusätzliche spezifische Kompetenzen und Erfahrungen zum Vorteil der Gesellschaft in das Gremium einbringen zu können.

Die Berichterstattung der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat erfolgt entsprechend § 90 AktG. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung sieht der Gesellschaftsvertrag die Zustimmung des Aufsichtsrates vor. Dabei handelt es sich insbesondere um Entscheidungen und Maßnahmen, die zu einer erheblichen Veränderung der Geschäftstätigkeit im Rahmen des Gesellschaftsvertrages oder zu einer grundlegenden Veränderung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage oder der Risikostruktur des Unternehmens führen können.

Im Berichtsjahr 2020 haben abweichend von Ziff. 6.5 PCCG zwei Aufsichtsratssitzungen stattgefunden. Bedarf an zusätzlichen Sitzungen bestand auch vor dem Hintergrund der umfassenden Berichterstattung der Geschäftsführung nach § 90 AktG nicht.

2.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft wurde 2020 von folgenden Geschäftsführer*innen geführt:

- Stefan Studt, Rickert, Vorsitzender der Geschäftsführung
- Steffen Kanitz, Dortmund, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung
- Beate Kallenbach-Herbert, Braunschweig, kaufmännische Geschäftsführerin
- Dr. Thomas Lautsch, Peine, technischer Geschäftsführer

Abweichend von Ziff. 5.2.5 PCCG wurde für die BGE-Geschäftsführung bislang keine Altersgrenze zur Ausübung der Tätigkeiten festgelegt. Die Verträge der aktuellen Geschäftsführung sind so befristet, dass kein Mitglied der Geschäftsführung vor Ablauf der Frist die gesetzliche Altersgrenze erreichen wird.

3. Vergütung

3.1 Geschäftsführung

Die Bezüge der Geschäftsführung im Berichtsjahr 2020 umfassen die festen Gehaltszahlungen einschließlich der Nebenleistungen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile werden nicht gezahlt.

Geschäftsführer/in	Grundvergütung T€	Alters- versorgungs- abfindung T€	Sonstige T€	Summe Bezüge 2020 T€
Stefan Studt	295	0	8	303
Steffen Kanitz	275	0	20	295
Beate Kallenbach-Herbert	275	0	1	276
Dr. Thomas Lautsch	275	15	7	297
Gesamtbetrag	1.120	15	36	1.171

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung eines verschmolzenen Rechtsträgers sind mit insgesamt T€ 7.541 zurückgestellt; deren laufende Bezüge betragen in 2020 insgesamt T€ 592.

3.2 Aufsichtsrat

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 23.08.2017 wurde ein Sitzungsgeld für Aufsichtsratsmitglieder, die weder Mitglied des Deutschen Bundestages noch Mitglied der Bundesregierung sind, noch in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland stehen, von 4.000 € pro Jahr festgelegt. Die folgenden Aufsichtsratsmitglieder haben dieses Sitzungsgeld 2020 erhalten:

- Dirk Alvermann
- Gregor van Beesel
- Prof. Dr. Karin Holm-Müller
- Franz-Gerhard Hörnschemeyer
- Jens Lindner
- Gabriele Theisen
- Peter Wolff

Der Aufsichtsrat hat ein Präsidium aus vier Aufsichtsratsmitgliedern gebildet, das Entscheidungen des Aufsichtsrates vorbereiten kann; dem Aufsichtsrat obliegt die abschließende Beschlussfassung.

4. Transparenz

Für die BGE mit ihren Aufgaben der Errichtung, des Betriebs und der Stilllegung von Endlagern für radioaktive Abfallstoffe, der Vorhabenträgerschaft im Rahmen der Standortauswahl für ein Endlager für Wärme entwickelnde Abfallstoffe inkl. Behälterentwicklung sowie die mit der Endlagerung zusammenhängenden hoheitlichen Befugnisse der Produktkontrolle, stellt die transparente Unternehmensführung ein zentrales Anliegen dar. Aus diesem Grund werden auf den Internetseiten der Gesellschaft (www.bge.de, www.einblicke.de) alle relevanten Informationen zum Unternehmen veröffentlicht. Es wird eine umfangreiche und ausführliche Öffentlichkeitsarbeit zu den einzelnen Projekten in allen Medien sichergestellt.

5. Nachhaltige Unternehmensführung

5.1 Nachhaltige Unternehmensführung inkl. Nachhaltigkeitsaktivitäten

Die Geschäftsführung der BGE setzt sich für eine nachhaltige Ausrichtung des Unternehmens ein. Die Ziele und Themen der Nachhaltigkeitsstrategie der BGE werden in einem Nachhaltigkeitsbericht erläutert und dokumentiert. Dieses Vorgehen ist angelehnt an die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen.

Zur Umsetzung und Kontrolle der ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeitsstrategie betreibt die BGE ein in 2020 zertifiziertes Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 und strebt für 2022 die Zertifizierung des Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) an.

Zur Verbesserung der Umweltleistung hat die BGE in 2020 u.a. auf dem Dach der Hauptverwaltung eine Photovoltaikanlage installiert und stellt ihren Fahrzeugpool sukzessive auf elektronische Antriebe um.

Für eine zukünftige Klimaneutralität der Anlagen über und unter Tage entwickelt und implementiert die BGE zukunftsweisende Konzepte für die Transporttechnik und Wärmebereitstellung.

5.2 Gleichstellungsfördernde, tolerante und diskriminierungsfreie Unternehmenskultur

Die BGE verfolgt das Ziel, die Vielfältigkeit der Mitarbeiter*innen in Bezug auf Ausbildung, Erfahrung und Alter, kultureller Herkunft, Geschlecht und ähnlicher Gesichtspunkte zu fördern. Ein aus der Unternehmenspolitik bzw. aus dem Leitbild der Gesellschaft herausgelöstes Diversitätskonzept besteht derzeit noch nicht.

Die BGE fördert Talente mit unterschiedlichem Hintergrund und gewährleistet damit eine optimale Zusammensetzung vielfältiger Teams. Ein besonderes Anliegen der BGE ist die Einstellung und Entwicklung von Frauen in technischen Positionen. Durch eine geschlechtsneutrale Sprache in Stellenausschreibungen der BGE sowie ein kontinuierliches Monitoring der Gleichstellung bei Geschlecht, Alter, Hintergrund, Betriebszugehörigkeit und Gehältern stellt die BGE eine faire Behandlung und Chancengleichheit in allen Phasen der Berufslaufbahn sicher. Die BGE verfügt über einen Gleichstellungsplan für den Zeitraum 2020 bis 2023.

5.3 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mit dem Leitbild ist die Grundlage für eine mitarbeiterorientierte Personalpolitik der BGE gelegt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt für die BGE einen Unternehmenswert dar, der durch das Audit „berufundfamilie“ stärker im betrieblichen Alltag integriert und für alle Beschäftigten erlebbar gemacht werden soll. Mit dem Audit schafft die BGE Transparenz über den Status quo der familienbewussten Angebote und Maßnahmen. In 2020 fanden hierzu Interviews mit verschiedenen Mitarbeiter*innen sowie der Strategie – und Auditierungsworkshop statt. Die Zertifizierung wird in 2021 abgeschlossen.

Die BGE ermöglicht bereits heute mit dem mobilen Arbeiten mehr Flexibilität, um ihre Mitarbeiter*innen in unterschiedlichen Lebensphasen darin zu unterstützen, den Beruf und die jeweilige Lebenssituation besser miteinander verbinden zu können.

6. Entwicklung des Anteils von Frauen

Für die BGE als Unternehmen in einer stark technisch orientierten Branche ist es eine besondere Herausforderung, in allen Bereichen der Geschäftstätigkeit ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu erreichen. Die BGE unterstützt den Aufstieg und die Entwicklung von Frauen in Führungspositionen. Ziel ist, die Frauenanteile in den Bereichen, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind, durch spezifische Maßnahmen zu steigern.

Die Entwicklung des Anteils von Frauen im Einzelnen:

6.1 Aufsichtsrat

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 04.05.2020 wurde ein Frauenanteil von 47 Prozent für den Aufsichtsrat festgelegt. Bis zum Ausscheiden von Frau Diehr zum 02.06.2020 wurde diesem Beschluss entsprochen.

6.2 Geschäftsführung

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 04.05.2020 wurde ein Frauenanteil von 25 Prozent für die Geschäftsführung festgelegt. Sollte das Anstellungsverhältnis mit einem der derzeit drei (männlichen) Geschäftsführern enden, soll fortan ein Frauenanteil von 50 Prozent als Zielgröße gelten. Dem Beschluss wird für das Jahr 2020 entsprochen.

6.3 Bereichs-, Stabsstellen- und Abteilungsleitungen

Für die erste (Bereichsleitungen) und zweite (Stabsstellen- und Abteilungsleitungen) Führungsebene hat die BGE im Rahmen des Gleichstellungsplans die kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen auf 30 Prozent bis Ende 2023 festgelegt. Der Anteil von Frauen auf der ersten Führungsebene stagnierte 2020 bei 21,4 Prozent, der Anteil von Frauen auf der zweiten Führungsebene konnte 2020 von 19,2 Prozent auf 24,2 Prozent erhöht werden.

7. Rechnungslegung und Jahresabschluss

Die Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte (BGE und Konzern) erfolgt nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches, den Regelungen des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) sowie der Bundeshaushaltsordnung.

In seiner Sitzung am 18.06.2020 hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2019 gebilligt und die Gesellschafterversammlung schriftlich über seine Prüfung unterrichtet.

Mit der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2020 wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG, Niederlassung Hamburg, beauftragt. Zur Vorbereitung der Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2020 hat die Prüfungsgesellschaft am 20.10.2020 eine Erklärung nach Ziffer 8.2.3 des PCGK über deren Unabhängigkeit abgegeben. Die Prüfung erstreckte sich dabei auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG. Zudem wurden gem. Beschluss des Aufsichtsrates vom 25.11.2020 die folgenden Prüfungsschwerpunkte festgelegt:

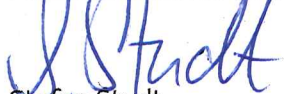
- Prüfung des Compliance-Management-Systems
- Prüfung der Einhaltung des Vergabe- bzw. Beschaffungsverfahrens

8. Entsprechenserklärung

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der BGE erklären gemäß Ziff. 7.1 PCGK, dass dessen Empfehlungen entsprochen wurde und wird. Abweichungen von den Empfehlungen sind in diesem Bericht dargestellt und begründet.

Peine, ²⁹ Juni 2021

Für die Geschäftsführung



Stefan Studt

Vorsitzender der Geschäftsführung

Berlin, ²² Juni 2021

Für den Aufsichtsrat



Jochen Flasbarth

Vorsitzender des Aufsichtsrats